

Strukturwandel mit Zukunft

Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion zur Transformation der Automobil- und Zulieferindustrie

Eisenach, 16. Oktober 2020

Die Automobil- und Automobilzulieferindustrie gehört mit ihren rund 50.000 Beschäftigten zu den wichtigsten Industriebranchen Thüringens. Durch den globalen Trend zu Digitalisierung und Elektromobilität befindet sich die Branche in einem umfassenden Strukturwandel, der von der Corona-Pandemie noch beschleunigt wird. Dabei gibt es Unternehmen, die diesem Wandel durch Innovation begegnen, aber auch solche, die vor diesem Hintergrund die Schließung und Verlagerung von gesunden Produktionsstandorten vorantreiben. Verschärft wird dieses Problem durch die Corona-Pandemie, die als Vorwand benutzt wird, um lange geplante Standortschließungen durchzusetzen. Es gilt zu verhindern, dass die Anpassungskosten aus dem Strukturwandel und der Corona-Krise einseitig zu Lasten der Beschäftigten gehen.

Der Strukturwandel in der Automobilindustrie erfordert deshalb ein entschiedenes staatliches Handeln und industriepolitische Gestaltung, um gut bezahlte Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung in Thüringen langfristig zu erhalten. Unternehmen sind gefragt, staatliche Unterstützungsinstrumente bei der Stärkung von Innovation und der Sicherung des Automobilstandorts Thüringen in Anspruch zu nehmen, und nicht erst auf den Staat zurückzugreifen, wenn es um Schließungen geht.

Beschäftigung sichern

Wir wenden uns entschieden gegen Standortschließungen gesunder Unternehmen und den Abbau von Arbeitsplätzen zur Gewinnmaximierung. Wer jahrzehntelang, teilweise mithilfe staatlicher Fördermittel, Gewinne erwirtschaftet hat, trägt auch vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen Verantwortung für seine Beschäftigten. Diese fordern wir aktiv von den Unternehmen ein. Wir erklären uns solidarisch mit den Beschäftigten von NORMA Germany in Gerbershausen, JD Norman bei Eisenach, Eaton in Nordhausen, Continental/Vitesco in Mühlhausen und allen anderen von Werksschließung bedrohten Standorten und unterstützen diese in ihrem Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Wo Unternehmen Arbeitsplätze abbauen, fordern wir eine Beteiligung der Wirtschaft bei der Unterstützung der Beschäftigten, wenn eine berufliche und fachliche Neuorientierung notwendig ist. Dies gilt nicht nur für die Thüringer Zulieferindustrie, sondern gerade auch für die großen Automobilkonzerne. Wer wie VW, Daimler oder BMW auf Grundlage Thüringer Vorleistungen und Produkte auf dem Weltmarkt sehr gut verdient hat, muss jetzt auch in schwierigen Zeiten seiner Verantwortung gerecht werden. Dies gilt umso mehr, wenn die Automobilindustrie – teils wegen selbstverschuldeter Probleme – staatliche Unterstützung in der aktuellen Krise erwartet. Wir sind der Auffassung, dass mögliche Hilfen seitens der Politik daran geknüpft werden sollten, dass die Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung bestmöglich gerecht werden.

Oberstes Ziel unserer Politik ist es, dass für den strukturwandelbedingten Wegfall von Arbeitsplätzen vor Ort gleichwertige und gut bezahlte Jobs entstehen. Die Anpassung an den Strukturwandel darf nicht den Beschäftigten aufgebürdet werden und zu Lasten guter Arbeitsbedingungen gehen.

Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, den Strukturwandel und den Ausbau guter Arbeitsbedingungen miteinander zu verzahnen. Wir werden die Vergabe staatlicher Unterstützung im Strukturwandel mit Kriterien Guter Arbeit verbinden, um insbesondere die Tarifbindung und die betriebliche Mitbestimmung in Thüringen auszuweiten.

Qualifizierungs- und Innovationsstrategie

Wir wollen eine Qualifizierungs- und Innovationsstrategie auf den Weg bringen, die dazu beiträgt, den Beschäftigten der Automobil- und Zulieferindustrie eine gute Perspektive zu geben, die bereits bestehenden Fördermöglichkeiten von Landes- und Bundeseite einfach und transparent aufbereitet und existierende Förderlücken schließt. Ziel dieser Strategie muss es sein, dass sich Beschäftigte begleitend zu ihrem bestehenden Arbeitsverhältnis weiterbilden und qualifizieren können.

Wir setzen uns außerdem für ein Transformationskurzarbeitergeld ein, das Arbeitnehmer:innen deren Betrieb sich im Umbauprozess befindet, während der Zeit des Arbeitsausfalls, Qualifizierungsmaßnahmen ermöglicht. Die Beschäftigten sollen dabei unter Beteiligung des Betriebsrats zielgerichtet qualifiziert werden, um nach dem Abschluss des Transformationsprozesses mit neuen Fertigkeiten weiterbeschäftigt zu werden.

Darüber hinaus braucht es innovative Ansätze zur Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung – von Auszubildenden bis Hochschulabsolvent:innen. Weiterhin braucht es Bildungsangebote in den Zukunftsfeldern der künftigen Automobilproduktion und durchlässige berufsbegleitende Weiterbildungsangebote mit Hochschulabschluss zur Unterstützung der Fach- und Führungskräfteversicherung.

Gründung einer Transformationsagentur

Durch eine Transformationsagentur wollen wir Unternehmen, Betriebsrät:innen, Projektträger:innen, Kommunen und Gewerkschaften im Strukturwandel unterstützen. Diese hat u.a. die Aufgabe, einen praxisnahen Wissenstransfer von Best-Practise-Beispielen zu gewährleisten, wie die Umstellung der Produktion auf zukunftsfähige Technologien organisiert werden kann. Sie soll außerdem die jeweiligen Akteure im Hinblick auf vorhandene Fördermöglichkeiten der EU, des Bundes und des Landes beraten und Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote insbesondere für mittelständische Unternehmen aus der Automobilindustrie anbieten.

Kreditprogramm „Neue Mobilitätswelt“

Wir wollen die Unternehmen der Automobilindustrie durch ein speziell auf die Bewältigung des Strukturwandels ausgerichtetes Kreditprogramm unterstützen. Das Programm dient der Liquiditätssicherung und dazu, bereits bestehende Förderprogramme sinnvoll zu ergänzen, um bspw. die Umstellung der Produktion von Verbrennungsmotor- auf Elektromotorkomponenten oder Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zu finanzieren. So sollen im Rahmen des Transformationsprozesses Investitionen und Innovationen für zukunftsfähige Unternehmen auf dem Weg in die neue Mobilitätswelt ermöglicht werden, die an bestehende Kompetenzen der Automobilindustrie anknüpfen und so dazu beitragen, Wertschöpfung und Beschäftigung zu sichern. Bei Unternehmen mit erheblicher regionaler wirtschaftlicher Bedeutung müssen auch Landesbeteiligungen in Betracht gezogen werden.

Forschungs- und Entwicklungskompetenzen ausbauen

Unsere Förderpolitik verfolgt den Grundsatz der Technologieoffenheit. Die kleinteilige Unternehmenslandschaft in Thüringen ist gekennzeichnet durch geringe eigene FuE-Kapazitäten. Vor diesem Hintergrund sind das Thüringer Zentrum für Maschinenbau, das Thüringer Innovationszentrum Mobilität, das neue Batterieforschungszentrum am Erfurter Kreuz und die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen schon heute wichtige Partner:innen der Automobilindustrie. Diesen Kompetenzmix wollen wir ausbauen und die Forschung und Entwicklung im Rahmen von Verbundprojekten mehrerer Unternehmen und Forschungseinrichtungen fördern. Schwerpunkte werden wir bei den Zukunftsthemen Batterieforschung und Wasserstoff setzen mit dem Ziel, dass die vergleichsweise kleinteiligen Thüringer Unternehmen von der erfolgreichen Grundlagenforschung im Freistaat stärker profitieren. In diesem Sinne treten wir für eine Stärkung der Transferstrukturen ein, beispielsweise durch eine Aufwertung des bei der LEG angesiedelten Clustermanagement in der kommenden EU-Förderperiode.

Nachhaltige Ansiedlungspolitik

Wir werben gezielt um Unternehmensansiedlungen mit überregionaler Strahlkraft in für die Mobilitätswende entscheidenden Produktionsfeldern. Mit der Ansiedlung von CATL ist Thüringen dabei ein erster großer Erfolg gelungen, der bereits die Ansiedlung weiterer Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus dem Bereich der Batterietechnologie zur Folge hatte. Daran wollen wir mit künftigen Ansiedlungen anknüpfen.

Öffentliche Investitionen in Energie- und Verkehrswende

Die Attraktivität Thüringens als aktueller und künftiger Industriestandort hängt maßgeblich von der Beschaffenheit der Infrastruktur ab. Vor diesem Hintergrund haben für uns öffentliche Investitionen in Bildung, Energieversorgung, Elektromobilität und Digitalisierung oberste Priorität. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass gerade die digitale Infrastruktur eine Schlüsselrolle im 21. Jahrhundert spielt. Wir werden daher ausreichend Landesmittel bereitstellen, um zukünftige Förderprogramme des Bundes vollständig gegen zu finanzieren. Dabei werden wir zukünftig auf Modelle setzen, bei denen die Glasfaserinfrastruktur bei der öffentlichen Hand bleibt.

Die Finanzierung dieser wichtigen Zukunftsbereiche darf nicht den Zwängen haushaltspolitischer Konsolidierung unter dem Eindruck der Schuldenbremse geopfert werden. Insofern plädieren wir für eine Verlängerung des Tilgungszeitraums für die in der Krise aufgenommen öffentlichen Kredite des Landes. Dies ist unter den Regeln der Schuldenbremse nicht nur verfassungsrechtlich möglich, sondern angesichts historisch niedriger Zinsen und der weltweit einzigartigen Kreditwürdigkeit des deutschen Staates wirtschaftlich vernünftig. Damit ermöglichen wir es unserem Freistaat, aber auch den Kommunen und Unternehmen die notwendigen Investitionen zur Bewältigung der Corona-Krise und des Strukturwandels zu finanzieren.